

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - RPB/029(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	Dienstag, 06.02.2007	J.-Bremer Str. 8/10 Beratungsraum Zi. 46	17:00Uhr	18:30Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Beschlussvorlagen
- 5 Anträge
- 6 Informationen
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Wiederaufnahme der Beratung zum Entwurf Rechnungsprüfungsordnung
- 8 Prüfbericht 040/05 - Ausgewählte Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und Betätigungsprüfung sowie die Stellungnahme des Oberbürgermeisters

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Frömert, Regina

**Mitglieder des Gremiums**

Ansorge, Jens

Heinemann, Klaus

Reichel, Gerhard Dr.

Schoenberner, Hilmar

Szydzick, Claudia

**Geschäftsführung**

Köhls, Henriette

**Verwaltung**

Klapperstück, Jochen

Krafczyk, Andreas

Drechsel, Jutta

Bode, Rosemarie

Steinforth, Birgit

## Öffentliche Sitzung

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Frömert**, eröffnet die Sitzung.

Die Beschlussfähigkeit wird mit 5 anwesenden Ausschussmitgliedern festgestellt.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

**Beschluss: 5 / 0 / 0**

### 3. Genehmigung der Niederschrift

---

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 09.01.07 wird genehmigt.

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 23.01.07 ist noch nicht fertiggestellt und wird zur nächsten Sitzung ausgereicht.

**Frau Szydzick** möchte, dass folgende Änderungen in die Niederschrift vom 21.11.07, Seite 8, Punkt 4 ergänzt werden:

*„Auf Anfrage von Frau Szydzick an BG IV, aus welchem Grund 90 % der Aufträge freihändig vergeben worden sind, erklärte dieser, dass es sich hierbei um künstlerische Aufträge gehandelt habe, die man nicht hätte ausschreiben können.*

*Die weitere Nachfrage von Frau Szydzick an Herrn Hartung ob tatsächlich 90 % der Aufträge künstlerische Aufträge gewesen seien, wurde von diesem verneint.“*

**Frau Frömert** teilt mit, dass eine Antwort vom Dez. V, Frau Bröcker, bzgl. der offenstehenden Frage zu den Prüffeststellungen 30 und 31 der Jahresrechnung 2005 eingegangen ist und liest diese vor.

**Beschluss: 5 / 0 / 1**

### 4. Beschlussvorlagen

---

## 5. Anträge

---

Frau Frömert informiert, dass entsprechend der Empfehlung des RPB der OB seinen Änderungsantrag zur DS zur Jahresrechnung gefertigt hat.

## 6. Informationen

---

## 7. Verschiedenes

---

### 7.1. Wiederaufnahme der Beratung zum Entwurf Rechnungsprüfungsordnung

---

**Frau Frömert** gibt die Information, dass als Gesprächstermin beim Oberbürgermeister der 28.02.2007 um 14:00 Uhr bestätigt wurde.

Die Fortsetzung der Beratung zum Entwurf der Rechnungsprüfungsordnung wird deshalb bis zur nächsten Ausschusssitzung **vertagt**.

## 8. Prüfbericht 040/05 - Ausgewählte Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und Betätigungsprüfung sowie die Stellungnahme des Oberbürgermeisters

---

AL 14 **Herr Krafczyk** gibt Hintergrundinformationen bzgl. des Prüfungsumfanges (Haushaltskonsolidierungsprogramm, Personalausgaben, Prüfung der Organisation der Beteiligung der Stadt an Unternehmen) und führt in die Thematik ein.

**Herr Klapperstück** stellt den Prüfbericht vor und gibt Hinweise zur Gliederung (Definition, Neuverschuldung, Konsolidierung). Er spricht Probleme an, die sich aus der unterschiedlichen Betrachtungsweise des FB 02 und des Amt 14 ergeben zum Abrechnungsmodus und der Handhabung der Soll-Ist-Darstellung. Konsolidierungsziele werden im Soll bereits in die Budgets für den laufenden Haushalt eingearbeitet. Eine Abrechnung im Ist findet demzufolge nur im Gesamtblick der Summe des Haushaltsergebnisses statt.

### 1. Teil - Ausgewählte Konsolidierungsmaßnahmen

**Frau Frömert** nimmt Bezug auf die Aussage der BG V, Frau Bröcker, im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2005, dass durch Aufgabenübertragung der Kita an freie Träger keine Einsparungen mehr stattfinden müssten, da bereits im Vorfeld im Bereich des A51 konsolidiert wurde. Für ehrenamtliche Stadträte ist dies schwierig nachzuvollziehen. Sie sieht in der Verfahrensweise des FB 02 eine Kompliziertheit, die Transparenz im Verwaltungshandeln vermissen lässt. Die Verwaltung müsste in der Lage sein, konkret zu sagen, was mittels Konsolidierung eingespart wurde. Da Amt 14 festgestellt hat, dass dies nicht immer der Fall ist, bittet sie Amt 14 um Hinweise, wie die Darstellung erfolgen könnte.

**Herr Klapperstück** verweist auf die Problematik bei der Abrechnung. Die betreffenden Ämter müssten sich mit der Haushaltsabrechnung hierzu äußern. Dies wäre zwar ein zusätzlicher Aufwand, ohne den ist aber eine Wertung in wesentlichen Positionen nicht möglich.

**Frau Szydzick** stimmt dem zu. Die Stellungnahme ist nicht zu akzeptieren. Man muss ersehen können, wo und wie viel Einsparungen erfolgt sind. Keine Gesamtdarstellung, sondern eine Einzeldarstellung muss erfolgen.

**Frau Frömert** empfiehlt, dass sich der Ausschuss an den Oberbürgermeister wendet und eine Stellungnahme einfordert, die dem Prüfungsanliegen gerecht wird. Dem OB muss aufgegeben werden, dem Stadtrat, dem Landesverwaltungsamt, der Öffentlichkeit gegenüber konkrete Abrechnungen der jeweiligen Konsolidierungsmaßnahme vorzunehmen. Die Stellungnahme leidet z. Z. von Zurückweisungen von Prüffeststellungen und wird so dem Anliegen nicht gerecht.

**Herr Dr. Reichel** ist der gleichen Ansicht. Die Darstellung ist nur schwer verständlich.

**AL 14** empfiehlt, die Kämmerei zu bitten, die Methodik der Abrechnung zu erläutern. Das „System“ muss für jedermann verständlich sein. Die LHM hat auch weiterhin gesamtheitlich Personal abzubauen, da wird die qualifizierte Haushaltskonsolidierung noch wichtiger.

**Frau Frömert** bittet die Prüferin Frau Drechsel, sich zu einzelnen Prüffeststellungen zu äußern und Hinweise zu geben.

**Frau Drechsel** erklärt, dass dies schwierig ist, da manche Maßnahmen vom Umfang her gering sind. Es sollten Wesentlichkeits-Grenzen festgelegt werden, über deren Einhaltung der SR informiert werden sollte.

**Frau Steinforth** ist sich sicher, da das Haushaltskonsolidierungskonzept vom LVwA für verbindlich erklärt wurde, dass eine Maßnahme nicht einfach durch eine andere ausgetauscht werden kann ohne Zwischeninformation an oder Entscheidung durch den Stadtrat.

**Frau Szydzick** ist der Ansicht, dass diese Stellungnahme so nicht akzeptiert werden kann. Der Ausschuss muss eine andere Stellungnahme anfordern und wenn diese vorliegt, kann er sich wieder mit der Thematik befassen. Z.Z. bleibt fraglich, in welcher Höhe tatsächlich konsolidiert wurde. Der Stadtrat hat Anspruch auf ehrliche Information.

**Herr Dr. Reichel** unterstützt die Aussage, würde aber eine Zusammenkunft mit der Kämmerei dennoch begrüßen, damit die Darstellung verständlicher wird.

**Herr Ansorge** meint, dass der Ausschuss darlegen muss, welche Form die neue Stellungnahme haben soll. Das Grundproblem ist, dass es keine konkreten Zahlen bzgl. der Haushaltskonsolidierung gibt.

**Herr Heinemann** ist der Ansicht, dass die Beratung nicht ohne eine neue Stellungnahme des OB fortgesetzt werden sollte.

**Frau Frömert** ergänzt- oder den FB 02 einzuladen, um die Stellungnahme zu erläutern und Fragen zu beantworten.

Es erfolgt eine Abstimmung:

- a) Stellungnahme zurück an den OB verweisen und eine neue einfordern
- b) FB 02 einladen, der sich zur Stellungnahme äußert

**Beschluss zu a): 4 / 2 / 0**

Es folgt im weiteren ein Gespräch mit den Prüferinnen zu den Prüfungsschwerpunkten.

## 2. Teil – Personalausgaben

**Frau Bode** teilt mit, dass die Maßnahme 41 anders zu betrachten ist als die übrigen Maßnahmen des HKK. Für Personalausgaben wurde in der LHM ein eigener Deckungskreis eingerichtet. Mehraufwendungen oder Einsparungen sind konkret am Gesamtergebnis erkennbar.

Durch die verschiedenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen wurden konkrete Einsparungen erzielt, die in den letzten Jahren stets über der geplanten Einsparung lagen.

Die im Bericht aufgezeigten Probleme, wie fehlender Zugriff auf Konsys oder der enorme Verwaltungsaufwand durch die Einarbeitung der Personalfälle in Konsys wurden durch die Verwaltung abgestellt. Durch die Zusicherung der Übergabe einer aktuellen pdf-Datei stellt auch der fehlende Zugriff auf Konsys kein Problem mehr dar.

Ausgewiesenen Einsparungen bei einzelnen Personalfällen konnten nicht in jedem Fall nachvollzogen werden. Durch die zukünftige Aufbereitung dieser Daten durch den FB 01 soll dieses Problem abgestellt sein.

**Herr Heinemann** fragt, wie die Personaleinsparungen erreicht worden sind bzw. erreicht werden.

**Frau Bode** erläutert, dass es hierzu verschiedene Maßnahmen gibt wie z.B. die Reduzierung der Arbeitszeit oder die Altersteilzeit ... entsprechend der vom Stadtrat beschlossenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen.

Die geplante Einsparung von 7 Mio. EUR wurde dadurch bei weitem überschritten.

**Frau Szydzick** fügt hinzu - da die Personalausgaben fasst 1/3 des Haushalts ausmachen – dass bei Änderung der Zahlen auch die Vorlage einer aktuellen Übersicht geprüft werden sollte.

**Frau Frömert** meint, dass dieser Auftrag an den FB 01 gerichtet werden müsste und nicht an Amt 14. Wenn wir Einzelfallprüfungen wünschen, muss der Ausschuss BG I um Unterstützung bitten.

**Frau Bode** ergänzt, dass der aktuelle Stand in der Jahresrechnung ersichtlich ist. (müsste spätestens im April 2007 vorliegen)

**Frau Drechsel** macht auf das Problem aufmerksam, dass – wie dargestellt - im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Personalkosten eingespart wurden. Aber durch Ausgliederungen von Struktureinheiten werden aus ursprünglichen Personalausgaben jetzt Zuschüsse für Betriebskosten, z.B. für Eigenbetriebe (th md, PTM, KGm) und für Träger von Kindertages-einrichtungen, die ebenfalls im Verwaltungshaushalt entstehen.

**Frau Frömert** möchte, dass der Auszug zu den Personalkosten aus dem Rechenschaftsbericht erst vom Ausschuss eingesehen wird, um dann zu entscheiden, ob eine weitere Prüfung vom Amt 14 nötig ist. Hierzu würde Sie sich ebenfalls schriftlich an den OB bzw. an den FB 01 wenden mit der Bitte um einen Auszug aus dem Rechenschaftsbericht zum Thema Personalkosten und deren Beratung im Ausschuss.

### 3. Teil – Betätigungsprüfung

**Frau Steinforth** erklärt den Ansatz der Prüfung. Ein effektives Beteiligungsmanagement kann nur bei entsprechender Struktur der Beteiligungsverwaltung gewährleistet werden.

In der LHM wird Verwaltung, Management und Controlling nach wie vor von drei verschiedenen Struktureinheiten wahrgenommen (Beteiligungsverwaltung und Controlling im FB 02 sowie Beteiligungsmanagement im Dez. III). Die Zuständigkeiten sind nicht ausreichend geklärt.

Aus dem Aufgabenverteilungsplan und den Stellenbeschreibungen ergeben sich keine eindeutigen Aufgabenzuordnungen bzw. –abgrenzungen. Ein erhöhter Aufwand bei der Informationssammlung und Informationsverluste sind nicht auszuschließen.

Die Stellungnahme der Verwaltung zu PF 11 enthält eine ausführliche Auflistung der Aufgaben (der weiterhin getrennten) Struktureinheiten „Beteiligungsmanagement“ und „Beteiligungsverwaltung“ und schließt mit der Feststellung, dass diese Darstellung eine klare Abgrenzung der Aufgabengebiete zeigen würde. Dabei wurde übersehen, dass genau diese Aufgabenverteilung Gegenstand der Prüfung war und unter PF 14 des Berichts als nicht ausreichend beanstandet wurde.

Nach der überörtlichen Prüfung durch den LRH (siehe Stellungnahme zur Prüfung mit der DS0312/05) gab es praktisch keine Änderung in der Struktur.

**Frau Szydzick** bezieht sich PF 11 und macht die Anmerkung, dass hier nicht hervorgeht, wann die Stellenbeschreibung erfolgt.

**Frau Bode** liest den Passus aus der DS 0312/05 vor und gibt den Hinweis, dass der Stadtrat dieser Stellungnahme damals zugestimmt hat.

Die Ausschussvorsitzende **Frau Frömert** empfiehlt für das Schreiben an den OB:

1. Ausgereichte Stellungnahme ergänzen
2. Bitte um einen Auszug aus dem Rechenschaftsbericht zum Thema Personalkosten und Information durch FB 01 im Ausschuss
3. Bezugnahme auf die Hinweise des LRH in der Stellungnahme mit generellen Schlussfolgerungen für die Darstellung der Ergebnisse der Haushaltskonsolidierung.

Der OB möge bitte zeitnah antworten (max. 2 Monate).

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Regina Frömert  
Vorsitzende/r

Henriette Köhls  
Schriftführer/in